

Neue Zürcher Zeitung

Die Politisierung der Kirchen schadet diesen selbst am meisten

Immer mehr gefallen sich die Kirchen als politische Akteure mit linker Agenda – nicht nur, aber besonders in Deutschland. So verraten sie ihre Botschaft, vertiefen die gesellschaftliche Spaltung und werden überflüssig.

Alexander Kissler, Berlin

114 Kommentare →

11.10.2020, 06.00 Uhr



Welche Richtung weist das Kreuz? Die Kirchen suchen nach Antworten im Diesseits.

Winfried Rothermel / Imago

Herr Bergoglio schrieb einen Brief. Und da Jorge Mario Bergoglio unter dem Namen Franziskus der 266. Papst der römisch-katholischen Kirche ist, heisst der Brief vom 3. Oktober Enzyklika, Rundschreiben, Lehrschreiben. Die Enzyklika geriet mit über 100 Seiten recht lang und trägt den Titel «Fratelli Tutti» – «Brüder sind wir alle». Der Papst fordert eine neue Weltordnung auf der Basis «politischer Nächstenliebe» und «sozialer Freundschaft». Um das Ziel zu erreichen, müssten die «wirtschaftlichen Mächte», die Globalisierung, der Individualismus und das Leistungsprinzip zugunsten eines starken Staates und einer «gesunden Politik» zurückgedrängt werden. «Fratelli Tutti» markiert den bisherigen Höhepunkt eines christlichen Missverständnisses: Die Kirchen sehen sich vermehrt als politische Akteure mit linker Agenda. So verleugnen sie ihren Auftrag, verspielen Glaubwürdigkeit und halten nur schlechten Traditionen die Treue.

Auf dem Weg zu einer weltlichen Nichtregierungsorganisation

Der Zettelkastencharakter der Enzyklika, in der Papst Franziskus eigene Zitate montiert und ergänzt hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den Kirchen ernst ist mit ihrer Verwandlung in eine weltliche Nichtregierungsorganisation. Die Ökumene der Beliebigkeit schreitet voran. Man schaue in die gemeinsame Erklärung von katholischer Bischofskonferenz und evangelischer Kirche zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit. Darin schreiben der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm und der Konferenzvorsitzende Georg Bätzing: «In Deutschland und Europa vereint uns in föderaler Vielfalt der demokratische Geist einer verantwortungsvollen Gestaltung von Gesellschaft in Freiheit und Pluralismus. (. . .) Unsere Einheit in Vielfalt erfordert unbedingten Respekt voreinander, verständnisvolles Interesse füreinander und gelebte Solidarität untereinander.»

So klingt es, wenn staatsfromme Funktionäre zu sich selber reden. Die politisierte Kirche ist auch eine Funktionärskirche. In ihr sind die Grenzen fließend zwischen politischem Aktivismus und geistlicher Sorge. Bätzing rühmt der neuen Enzyklika

nach, der Papst setze sich «für Chancengerechtigkeit, soziale Inklusion und Teilhabegerechtigkeit» ein. Nicht anders redet ein sozialdemokratischer oder linker Kommunalpolitiker – oder Fridays for Future.

Katholischer Bischof und linker Politiker loben sich gern

Kaum ein Blatt Papier passte denn auch zwischen den thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow von der Linkspartei und den katholischen Erfurter Bischof Ulrich Neymeyr. Bei ihrem gemeinsamen Kaminesgespräch Anfang Oktober an der Universität Erfurt lobte der linke Politiker «Fratelli Tutti». Es sei «bedeutsam, dass der Papst als religiöser Führer, als religiöser Vertreter ein derart politisch mächtiges Wort sagt.» Erst letztlich sei er selbst bei Franziskus zu Gast gewesen. Tief beeindruckt habe ihn die Reise des Papstes zu den Flüchtlingen nach Lampedusa. Der Bischof revanchierte sich mit dem Kompliment, Ramelow übe sein Amt «wirklich überparteilich» aus. Einig waren sich die beiden Herren, dass es der von Franziskus geforderten «politischen Nächstenliebe» in einer globalen Welt dringend bedürfe und dass «Stolz auf Heimat» (Neymeyr) eine gefährliche, da ausgrenzende Sache sei.

Erwartungsgemäss gab es in Erfurt beim Thema Flucht und Migration ebenfalls keinen Dissens. Der Kirche gelingt auch da der Schulterschluss mit linker Politik. Aus christlich tatsächlich gebotener Hilfe für die Schwächsten der Nächsten wird eine politische «Offenheit für alle» (Papst Franziskus). Die katholische Kirche gönnt sich neben einem Medien-, einem Familien-, einem Sozial- und einem Umweltbischof auch einen Flüchtlingsbischof. Die evangelische Kirche schickt ein Schiff zur Seenotrettung ins Mittelmeer, die «Sea Watch 4 – powered by United 4 Rescue», finanziert auch mit Kirchensteuermitteln und zu Wasser gelassen von einer grünen Landtagsabgeordneten im Kieler Hafen.

Der katholische Flüchtlingsbischof residiert in Hamburg, heisst Stefan Hesse und lobt die «deutlichen Appelle aus Kirche und Zivilgesellschaft, die humanitäre Krise an den EU-Aussengrenzen zu überwinden». Deutlicher wird der evangelische Ratsvorsitzende

Bedford-Strohm. Er appelliert nicht, er fordert mit autoritärem Unterton und an der Seite der «Initiative Seebrücke»: «Wir erwarten von der Bundesregierung, sich den Angeboten von Bundesländern, Städten und Kommunen nicht länger zu widersetzen, Geflüchtete aus den griechischen Lagern aufzunehmen.»

Ein Ablass für den Klimawandel

Wie der Teufel das Weihwasser meiden die Kirchen alle theologische Widerborstigkeit und jedes spirituelle Wächteramt. Statt geistiger Wegzehrung gibt es politische Lektionen. Im Kernbereich christlicher Verkündigung ist die Hasenpfötigkeit Programm. Für viele Amtskollegen sprach der katholische Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode, ein «belehrendes oder gar autoritäres Reden und Verkünden von Gott» verbiete sich. In politischen Fragen jedoch gibt es keine kirchliche Obergrenze für Belehrungen jedweder Art. Jeder Christ müsse ein Klimaschützer sein, verkündete der Bamberger Bischof Ludwig Schick; es müssten «endlich die notwendigen Massnahmen ergriffen werden, dass der Klimawandel auf ein verantwortbares Mass begrenzt bleibt», echauffierte sich Bedford-Strohm.

Einen «ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit» gab es 2015, und jüngst viel Lob von EKD und DBK für den Klimastreik der Jugend. «Das finde ich gut!», erklärte der katholische Umweltbischof, Lohmann mit Namen, «tun wir das! Zu viel sonst steht auf dem Spiel!» Die «Klima-Kollekte», ein «CO₂-Kompensationsfonds», wird von beiden Konfessionen betrieben. Der katholische Verantwortliche begründet das Engagement mit der «Vulnerabilität der Schöpfung», die eine «Mystik der offenen Augen» erfordere. Sein evangelischer Kompagnon rechnet die Erderwärmung den Problemen der Globalisierung zu und ruft dazu auf, alle unvermeidbaren Emissionen finanziell zu kompensieren. So kehrt der theologisch ausrangierte Klingelbeutel zum Sündenablass zurück als Kollekte zur gewissensschonenden Klimaausgleichszahlung.

Betroffenheitsroutine trifft auf Ersatzleidenschaft

Bambergers Bischof Schick war es auch, der sich in einem Radiointerview für das

Lieferkettengesetz in die Brust warf. Das geplante Gesetz soll deutsche Firmen verpflichten, weltweit für faire Produktionsbedingungen geradezustehen. «Wir», sagte Schick, könnten «die Wahrung der Menschenwürde und die Wahrung der Menschenrechte (. . .) nicht zur Disposition stellen, wenn wir eine menschenwürdige und menschengerechte Welt haben wollen.» Die Leidenschaft, für politische Vorhaben zu kämpfen, steht in merkwürdigem Kontrast zur Betroffenheitsroutine, mit der die Kirchen den Abbruch der religiösen Praxis, den Kollaps der christlichen Bildung und den Exodus der Gläubigen zur Kenntnis nehmen.

Kirchensteuereinnahmen in Milliardenhöhe haben die geistige Auszehrung eher beschleunigt denn verlangsamt. Wenn sich heute SPD und evangelische Kirche treffen, liest man danach ein Fazit, das auf ein innerstaatliches Selbstgespräch deutet: «EKD und SPD stehen gemeinsam für Weltoffenheit und Toleranz und machen sich stark gegen Hass und Hetze. (. . .) Gerade jetzt gilt es, sich den Feinden der Demokratie entgegenzustellen und Farbe zu bekennen für unsere demokratischen Werte, zum Erhalt unserer pluralistischen Gesellschaft.»

Das Bündnis von Thron und Altar ist zurück

Der Gleichklang macht misstrauisch. Die Bekenntnisfreude der Kirchen ist der Angst gewichen, nicht politisch und also gar nicht ernst genommen zu werden. Der eigenen programmatischen wie sprachlichen Besonderheit trauen die Kirchen nicht. So beleben sie, mit dem Rücken zur selbstgebauten Wand, jenes Bündnis von Thron und Altar, auf dem einst das protestantische deutsche Kaiserreich ruhte, diesmal freilich unter ökumenischen Vorzeichen. Über Bord warfen die Katholiken ihre eigene Erkenntnis, wonach die Sphären von Staat und Kirche säuberlich zu trennen sind; exakt diese Trennung ist die völkerrechtliche Basis der Konkordate.

Heute verkennen die Kirchen, dass die politisierende auch die prinzipiell spaltende Kirche ist. Um diesen Eindruck zu verwischen, suchen sie Gesprächspartner, bei denen sanftes Einverständnis zu erwarten ist. Nicht mit FDP oder AfD findet der vielbeschworene Dialog statt, sondern vor allem mit Grünen, Linkspartei, SPD. Der

typische Satz des Mainzer Bischofs Peter Kohlgraf, Glaube sei politisch, verkennt, dass der Zielpunkt religiöser Hoffnung, Erlösung, sich nur individuell ereignen könnte. In ihrem antiindividualistischen Furor wenden die Kirchen sich von dieser urchristlichen Botschaft ab.

Bei Franziskus und vielen ökumenischen Geschwistern wird deutlich, woraus die Flucht ins Politische sich letztlich speist: aus Kulturpessimismus. Die politisierende ist auch die panische Kirche, die sich die Gegenwart in düsteren Farben malt. Der Papst fordert einen aktiven, präsenten Staat und «wirksamere Weltorganisationen», damit diese einer «kranken Gesellschaft» und dem «moralischen Zerfall» Einhalt gebieten. Weltliche Akteure sollen einer universalen Moral zum Durchbruch verhelfen. Mehr als eine ideologische Ansubfinanzierung trauen sich die Kirchen nicht zu. Ihren grössten Gegner kennen sie. Ein abgründiger Satz in «Fratelli Tutti» behauptet, radikaler Individualismus sei «das am schwersten zu besiegende Virus». Nicht nur in Corona-Zeiten kann man diese Aussage abgeschmackt finden. Sie wirft ein grelles Licht auf das Grundproblem der Politikkirchen: Sie misstrauen dem Menschen.

114 Kommentare

Christoph Ernst vor 22 Tagen

Danke, Herr Kissler, alles erschreckend richtig und treffend analysiert. Fragt sich, was Dietrich Bonhoeffer zu dieser erbärmlichen Gleichschaltungswut gesagt hätte. Wenn ich den eitlen Selbstdarsteller Bedford-Strohm erlebe, fallen mir Bonhoeffers Worte zur Dummheit ein. B.S. und Katholenkollege Marx legten in Jerusalem beim Betreten des Tempelbergs jeweils ihr Kreuz ab. Ich bin nicht religiös, aber symbolträchtiger hätten die zwei Oberhirten der deutschen Christenwelt sich selbst nicht enteiern und ihren Glauben entwürdigen können. Und dann diese grauenhafte Schlepperhilfe, die nur noch mehr Menschen zum Ertrinken im Mittelmeer einlädt. Das ist bössartiger Gutmenschen-Narzissmus. Eine Kombination aus krimineller Gefallsucht und gotteslästerlicher Feigheit. So und nicht anders verdammt man die Kirche und das europäische Christentum zum Untergang.

[84 Empfehlungen](#)

H. G. vor 22 Tagen

Beide sogenannten Volkskirchen sind keine Glaubenskirchen mehr, sie sind beide nur noch rotgrüne NGOs

mit Glockengeläut. An den Verstand der Oberen kann man nur noch zweifeln: 2019 auf dem ev. Kirchentag gab es unter dem Motto "Kirche in einem anderen Kontext erleben" einen Vulvenmalkurs, jetzt fehlt für den nächsten Kirchentag der "Penismalkurs", ja geht's noch? Die EKD beschäftigt sich mit Gender, Bibel in "gerechter Sprache", man führt ernsthafte Diskussionen, welches Geschlecht Gott hat... Vernachlässigt damit aber ihre eigentliche Berufung und Aufgaben. Wundert man sich, dass die Kirchenschiffe leer sind? aber die kirchlichen Flüchtlingsschiffe sind voll.

[80 Empfehlungen](#)

[Alle Kommentare anzeigen](#)

Mehr zum Thema

KOMMENTAR

Der Papst tut sich schwer mit Märkten – doch der Kapitalismus ist kein Teufelswerk

Papst Franziskus lässt in seiner jüngsten Enzyklika kein gutes Haar an der Marktwirtschaft. Er vergisst, dass sich der Kampf gegen die Armut und der Einsatz für die Marktwirtschaft nicht gegenseitig ausschliessen, sondern gegenseitig bedingen.

Thomas Fuster 05.10.2020



Die Evangelische Kirche in Deutschland will in die Seenotrettung einsteigen

Die Deutsche Evangelische Kirche will ein Schiff kaufen, um im Mittelmeer Migranten zu retten. Spitzenpolitiker kritisieren das Vorhaben, manche Kirchenmitglieder reagieren verärgert.

Jonas Hermann, Berlin 17.09.2019



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.